

## **NPD und Kommunalwahlen 2008**

von Andreas Bernig

Die NPD hat es sich zum Ziel gesetzt zu den Kommunalwahlen 2008 möglichst viele Mandate zu gewinnen und damit die Grundlage für den Einzug in den Landtag im Jahr 2009 zu schaffen.

In den letzten Jahren hat sich die NPD zur zentralen Kraft im rechtsextremen Spektrum der Bundesrepublik entwickelt. Im „Kampf um die Parlamente“ hat sie besonders im Osten Boden gut gemacht.

Das zeigt der Einzug der NPD in die Landtage von Sachsen (9,2%) und Mecklenburg-Vorpommern (7,3%), in 4 Berliner Bezirksverordnetenversammlungen sowie mit 13 Abgeordneten in 7 Landkreise in Sachsen-Anhalt ( zwischen 2,3% bis 4,7%, bei einer Wahlbeteiligung von nur 36,5%).

Nunmehr will sie die Lücke ihrer parlamentarischen Präsenz zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen schließen, was es zu verhindern gilt!

In Brandenburg hat die NPD ihre zeitweise Schwächung nach dem geschlossenen Austritt des Kreisverbandes Prignitz-Ruppin im Jahr 2004 offenbar überwunden. Ihre Mitgliederzahl ist von 190 auf ca. 250 gestiegen. Hinzu kommen ca. 40 „Junge Nationaldemokraten“. Im Dezember 2006 erfolgte die Gründung des Kreisverbandes Barnim – Uckermark und Anfang 2007 wurden zwei neue Ortsbereiche gebildet.

Ihre öffentlichen Auftritte durch Info-Stände, Aufmärsche, Mahnwachen, Sportveranstaltungen etc. nehmen zu. Der Landesverband ist bestrebt in allen 5 Kreisverbänden Regionalzeitungen herauszugeben und mit Briefkastenwerbung und Flugblattaktionen schon jetzt Wählerpotenzial zu gewinnen.

Die Kommunalpolitische Vereinigung der NPD intensiviert ihre Schulungstätigkeit für Mandatsträger, Neuparlamentarier und zukünftige Wahlkandidaten. Die intensive Suche nach einem geeigneten Schulungs- oder auch Versammlungsobjekt in der Prignitz, in Oberhavel oder in Oder-Spree unterstreicht diese Aktivitäten.

Mit ihrer „Wortergreifungsstrategie“ versucht sie Veranstaltungen der Demokraten als Podium für die Verbreitung ihrer Ideologie zu gewinnen.

Den Demokraten im Land muß klar sein – die Stärke der NPD ist die Schwäche der Demokratie!

Wir müssen die Demokratie vor Ort für die Bürger wieder erlebbarer machen.

Die Bildung von Netzwerken aller Beteiligten kann dazu einen Beitrag leisten. So wie es zum Beispiel mit der Kampagne Potsdam sucht den Wählerstar für eine hohe Wahlbeteiligung, mit dem Netzwerk tolerantes Teltow, in Werder mit dem Bürgerbündnis KURAGE – Kultur gegen Rassismus und Gewalt, oder landesweit mit der Kampagne eines breiten Bündnisses von fast 40 Organisationen „Keine Stimme den Nazis – Weder im Parlament – Noch auf der Strasse – Oder im Verein!“ bereits passiert.

Entscheidend ist, dass die Bekämpfung des Neofaschismus und Rechtsextremismus eine Alltagsaufgabe für alle Demokraten besonders vor Ort aber auch in allen gesellschaftliche Bereichen ist. Dabei stehen Aufklärung, Bildung und Wertevermittlung an Hand der Verfassung im Vordergrund.

Es muss darum gehen besonders vor Ort alle demokratischen Kräfte zu Bündeln um den Nazis zu sagen: Wir wollen keine politische Partei, die die Möglichkeiten des Rechtsstaates und der Demokratie schamlos ausnutzt um diese letztlich ab zu schaffen.

In jeder Kommune brauchen wir Programme zur Prävention und Aktion um rechtsextremistischen Aktivitäten frühzeitig zu begegnen. Hier ist auch das Land weiter gefordert um jene Kommunen zu unterstützen, die nicht an den Bundesprogrammen „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ sowie „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Interventionsteams gegen Rechtsextremismus“ partizipieren.

Jede Aktivität der NPD und ihrer Anhänger muss öffentlich skandalisiert werden. Welche Gegenmaßnahmen durch die demokratischen Bündnisse getroffen werden, kann höchst unterschiedlich sein und muss vor Ort entschieden werden. Da kann man den öffentlichen Protest wie in Kleinow organisieren, man kann alle Kneipen im Ort besetzen wie in Schöneiche, damit eine Gründungsversammlung der NPD nicht stattfinden kann, oder man kann auch den Versuch unternehmen einen Aufmarsch zu ignorieren und der NPD die kalte Schulter zu zeigen wie in Cottbus.

Bewährt hat sich, wenn sich Bürgermeister und Abgeordnete in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus an die Spitze stellen. Das unterstützt die Zivilcourage der Bürger und animiert zum Mitmachen.

Was wir nicht können ist uns über die Maßnahmen zur Auseinandersetzung zu zerstreiten und in wirkliche und unwirkliche oder wahre und unwahre Antifaschisten ein zu teilen. Wir sollten aus der Geschichte gelernt haben, dass diese Uneinigkeit mit dazu beigetragen hat, dass die Nazis 1933 schließlich legal die Macht ergreifen konnten.

Konsens muß sein, daß in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus Gewalt keinen Platz hat.

Nicht zuletzt muss auch der Rechtsstaat weiter gestärkt werden. Wir brauchen die Aufnahme des Verbots der Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankengutes in das Grundgesetz und in die Verfassung des Landes Brandenburg um den Gegnern dieser Verfassungen Einhalt zu gebieten. Das ist mit entscheidend für die Wahrung des inneren Friedens.